

Neoliberalismus und Ausbeutung –

Der Fall der Lohnquote in Europa

Neoliberale Politik steht für die rigorose Kürzung sozialer Leistungen bei gleichzeitiger Absenkung der Steuern auf Gewinne, Vermögen und Spitzenverdienste, für umfassende Privatisierungen und den Abbau sozialer Rechte, kurz: für eine radikale Umverteilung von unten nach oben im Dienste optimaler Kapitalrenditen. Daß all diejenigen, die den Verwertungsansprüchen des Kapitals nicht bedingungslos genügen – Alleinerziehende, Ältere, Kranke, Menschen mit Behinderungen, weniger Qualifizierte - zu den überwiegend hoffnungs- und chancenlosen Verlierern dieser Politik gehören, ist schwer zu bestreiten. Das neoliberale Modell eines entfesselten Kapitalismus US-amerikanischer Prägung bringt aber nicht nur für sie gravierende Verschlechterungen. Es beeinflußt nicht allein die Sekundärverteilung der Einkommen und den Umfang der staatlichen Transferleistungen an diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr oder nur noch zu entwürdigenden Konditionen verkaufen können. Es verändert zugleich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit selbst und gibt ersterem viele wirksame Hebel in die Hand, auch die primäre Einkommensverteilung zu seinen Gunsten zu verschieben.

Zu diesen Hebeln gehört der erhöhte staatliche Druck auf Arbeitslose, Niedriglohnjobs anzunehmen, ebenso, wie die Absenkung von Höhe und Dauer der bei Arbeitslosigkeit verfügbaren Lohnersatzleistungen. Der Billigjob-Boom in den USA der Endneunziger wäre ohne Clintons radikale Aufhebung jedes Sozialhilfeanspruchs nach 5 Jahren Bezugsdauer nicht möglich gewesen. Auch im EU-Europa der letzten zwei Jahrzehnte findet nicht allein eine massive Umverteilung auf der Ebene der Steuer- und Sozialpolitik statt, sondern untrennbar davon verschärft sich auch die Ausbeutung der Lohnabhängigen mit rein ökonomischen Mitteln, - jenen Mitteln eben, deren erste umfassende Analyse wir Marx danken und deren Thematisierung heute durchaus nicht obsolet geworden ist. Zu den Verlierern neoliberaler Politik gehören daher neben den sozial Ausgegrenzten auch alle (oder zumindest fast alle), die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und auf keine relevanten Einkommen aus Aktien-, Betriebs- und sonstigem Vermögensbesitz zurückgreifen können.

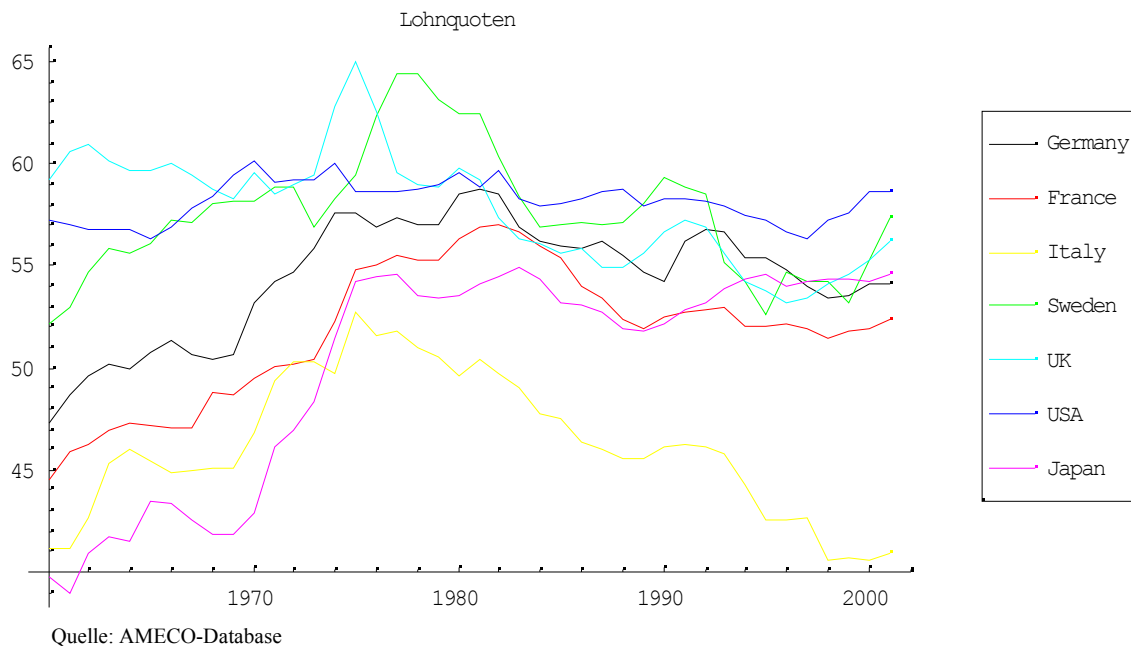
Der letztere Aspekt steht bei linker Kritik am neoliberalen Kapitalismus oft im Hintergrund; er ist aber mindestens ebenso wichtig wie das Anprangern sozialer Ignoranz und Brutalität. Wenn es um die Ermunterung und Entwicklung von Widerstandspotentialen geht, ist er vielleicht sogar noch wichtiger.

Die Lohnquote als Verteilungsindikator

Der entscheidende statistische Indikator der primären Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit ist die Lohnquote. Sie mißt den Anteil der Beschäftigten an dem von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum. In ihrer einfachsten Form wird sie definiert als Quotient von Arbeitnehmerentgelt und Bruttoinlandsprodukt. Zu ersterem werden dabei in der Regel nicht nur die Bruttolöhne und –gehälter gezählt, sondern auch die von den Arbeitgebern zu entrichtenden Beiträge zur Sozialversicherung. Als Bezugsgröße, also im Nenner, wird in der deutschen Statistik oft das Volkseinkommen verwandt. Wenn es um internationale Vergleichbarkeit geht, ist das Bruttoinlandsprodukt jedoch die geeignetere Größe, da sonst die länderspezifisch sehr unterschiedlichen Abschreibungsregelungen die Höhe der Lohnquote beeinflussen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Analyse von Machtverhältnissen und der realen Verfügung über wirtschaftliche Ressourcen spricht einiges für die Verwendung der Bruttogröße. Denn Kapitalverschleiß ist eben nicht nur ein physischer Prozeß; ihm steht ein Ein-

kommensstrom gegenüber, über dessen Verwendung die Kapitaleigner (oder Manager in ihren Diensten) entscheiden können. Dabei gibt es erhebliche Spielräume: Reinvestition am alten Standort oder Verlagerung ins Ausland, Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung oder Fortsetzung der Produktion bei gleicher Beschäftigung etc. –, und gerade solche Spielräume begründen gesellschaftliche Macht.

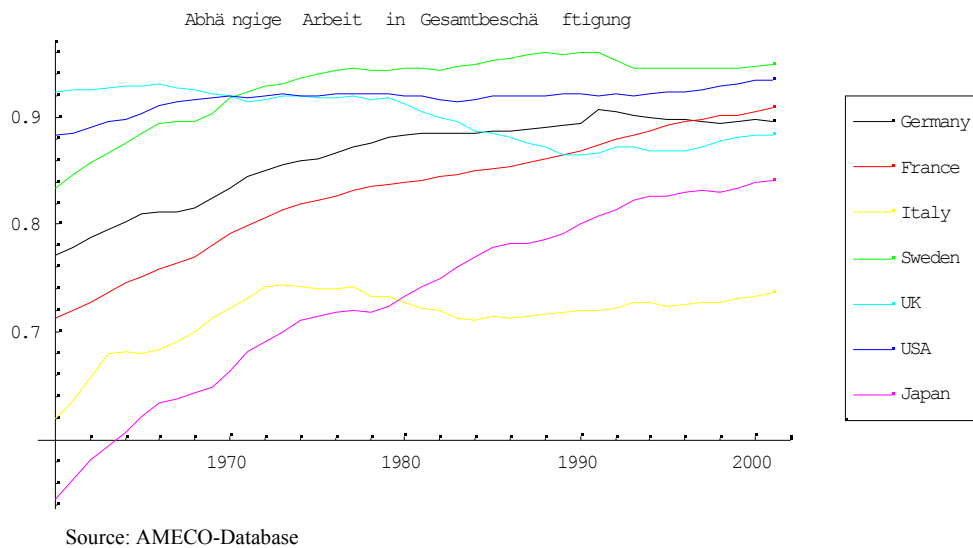
Stellen wir die Entwicklung der nach dem Schema Arbeitnehmerentgelt dividiert durch Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechneten Lohnquoten in sieben OECD-Ländern zwischen 1960 und 2001 graphisch dar, ergeben sich im Trend ähnliche Verläufe:



Wir sehen in nahezu allen Ländern einen deutlichen Anstieg bis Mitte der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Danach setzt sich überall ein rückläufiger Trend durch. Besonders ausgeprägt ist dieser Kurvenverlauf in Italien, Großbritannien und Schweden. In Deutschland sinkt die Lohnquote nach ihrem Gipfel 1982 um etwa 4 Prozentpunkte. In Japan, wo sie bis 1975 besonders stark angestiegen ist, bleibt sie danach annähernd konstant. In den USA sind sowohl Steigung als auch Absinken am geringsten.

Aus diesen Kurven kann allerdings kein unmittelbarer Rückschluß auf die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit gezogen werden. Denn was hier berechnet wurde, ist die sogenannte unbereinigte Lohnquote, die nur den BIP-Anteil *abhängig beschäftigter* Arbeit mißt. Dieser Anteil kann jedoch völlig unterschiedliche Ausbeutungsverhältnisse widerspiegeln, je nachdem, wie hoch der Anteil abhängig Beschäftigter an den Erwerbstätigen eines Landes ist. Arbeiten in einer Gesellschaft sehr viele selbständige Landwirte, kleine Gewerbetreibende oder auch Scheinselbständige, deren Einkommen im Zähler der unbereinigten Lohnquote nicht berücksichtigt wird, zeigt eine Lohnquote von 60 Prozent einen anderen – nämlich niedrigeren – Ausbeutungsgrad an als in einer Wirtschaft, in der Arbeit nahezu vollständig in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen geleistet wird. Ebenso kann die Entwicklung der unbereinigten Lohnquote Verbesserungen in der Einkommensposition der Beschäftigten vortäuschen, die gar nicht stattgefunden haben. Wenn beispielsweise der Anteil abhängiger Arbeit an der gesamten Erwerbstätigkeit von 60 auf 80 Prozent wächst, die Lohnquote sich dagegen nur von 50 auf 60 Prozent erhöht, dann signalisiert dieser Lohnquotenanstieg schärfere Ausbeutung, nicht schwächere.

Tatsächlich ist der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen in allen genannten Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens, in den vergangenen vierzig Jahren - zum Teil erheblich - angestiegen, wie nachfolgende Graphik zeigt:

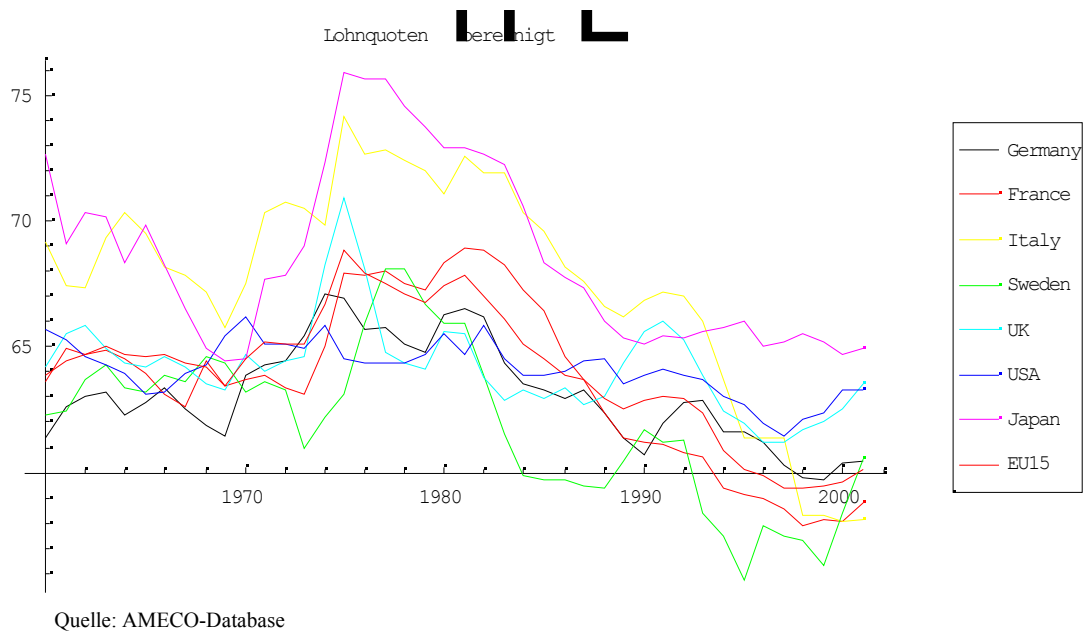


Den niedrigsten Anteil abhängig Beschäftigter gab es 2002 in Italien, den höchsten in Schweden und den USA, wobei sich in letzterer die Zahl abhängiger Beschäftigungsverhältnisse in Relation zur Gesamtbeschäftigung im Zeitablauf am wenigsten verändert hat. In der Alt-Bundesrepublik war der Anteil abhängiger Beschäftigung vor allem während der sechziger und siebziger Jahre angestiegen, dann in Folge der Vereinigung 1991 noch einmal sprunghaft; seither sinkt er wieder leicht.

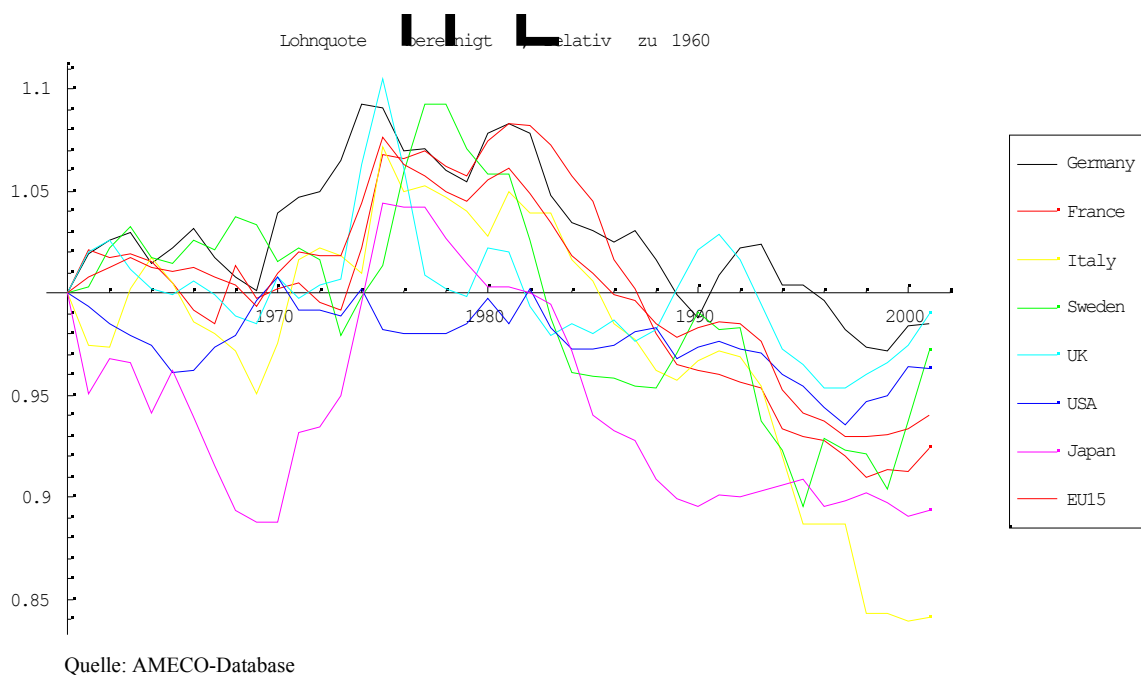
Eine Lohnquote, die solche Unterschiede und Veränderungen berücksichtigt, ist die sogenannte bereinigte Lohnquote oder Arbeitseinkommensquote. Sie wird berechnet, indem das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Lohnabhängigen ermittelt und durch die jährliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (selbständig und unselbständig) dividiert wird. Das Problem der Differenzierung zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnbestandteilen in den Bezügen der Selbständigen wird also dadurch gelöst, daß selbständiger Arbeit pauschal ein Arbeitseinkommen in Höhe des Durchschnittslohns (inklusive Arbeitgeberbeiträge) zugerechnet wird und dieses kalkulatorische Arbeitseinkommen bei Ermittlung der Lohnquote berücksichtigt wird. Dadurch wird die Lohnquote unabhängig von Veränderungen in der Art der Arbeitsverhältnisse, zumal die Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und bestimmten Arten von „Selbständigkeit“ heute ohnehin fließend sind. Letztlich wird mit der bereinigten Lohnquote der Arbeitszeitanteil gemessen, den ein Erwerbstätiger im Schnitt für sein eigenes Arbeitseinkommen arbeitet. Oder auf Marxsche Weise ausgedrückt: der durchschnittliche Wert einer Arbeitskraft wird in Relation zu dem durchschnittlich von ihr geschaffenen Wert gesetzt.

Das schließt nicht aus, daß zumindest einige dieser Arbeitskräfte zugleich Zugang zu Einkommen, das nicht aus eigener Arbeit stammt, haben. Wenn man allerdings bedenkt, daß etwa in der Bundesrepublik 1,8 Prozent der Haushalte über 67,4 Prozent des gesamten Betriebsvermögens verfügen und 1 Prozent der Haushalte 70 Prozent der privaten Aktien halten, dann ahnt man, daß die Vermischung der Einkommen im individuellen Budget der Haushalte wesentlich geringer ausfällt als oft (aus nachvollziehbaren Gründen!) suggeriert wird.

Wenn wir die Arbeitseinkommensquote, d.h. die um Veränderungen in der Zahl der Lohnabhängigen bereinigte Lohnquote für die betrachteten Länder (einschließlich des Durchschnitts der Alt-EU) darstellen, erhalten wir folgendes Bild:



Zeichnen wir die Entwicklung relativ zum Ausgangswert 1960, wird der Trend noch deutlicher:



Der Anstieg des Anteils der Beschäftigten am gesellschaftlichen Reichtum in den sechziger und siebziger Jahren fiel also weit bescheidener aus als die unbereinigte Lohnquote vermuten ließ. Dagegen ist der rückläufige Trend seit Beginn der neoliberalen Ära wesentlich schärfer. Im Ergebnis liegt die Arbeitseinkommensquote in allen sieben Ländern zur Jahrtausendwende unterhalb des Wertes von 1960, das heißt die Verteilungsverhältnisse haben sich so massiv zugunsten des Kapitals verschoben, daß die Errungenschaften der „keynesianischen Periode“ nicht nur zurückgenommen wurden, sondern die Arbeitenden heute relativ sogar deutlich schlechter gestellt sind als in der unmittelbaren Nachkriegsperiode.

Natürlich ist auch die bereinigte Lohnquote kein hundertprozentiger Verteilungsindikator. Zum einen gehen in die Berechnung des Durchschnittslohns auch die Gehälter der Topverdiener und Spitzenmanager ein. Das tatsächliche Einkommen der meisten abhängig Beschäftigten sowie vieler kleiner Gewerbetreibender und Scheinselbständiger liegt beträchtlich unter

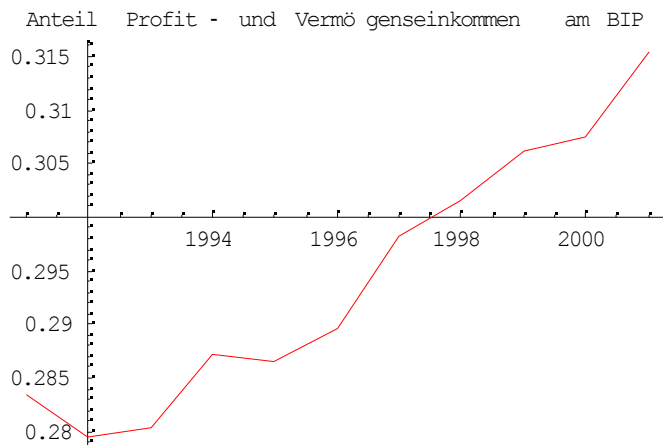
dem Durchschnitt, mit dem hier operiert wird. Zum anderen kann die Lohnquote per se keine Umverteilungen innerhalb der Schicht der Lohn- und Gehaltsbezieher selbst abbilden. Wenn die Zahl der Billiglohnjobs ansteigt bei gleichzeitiger Explosion der Spitzengehälter, signalisieren unbereinigte wie bereinigte Lohnquote Verteilungskonstanz, obwohl ein solcher Prozeß in Wahrheit eine gestärkten Position der Kapitaleseite zum Ausdruck bringt. Dennoch: als grober Indikator von Verteilungsverhältnissen leistet die bereinigte Lohnquote zuverlässige Dienste und nicht zuletzt belegt sie für alle betrachteten Länder sowie die Alt-EU insgesamt, wie massiv das neoliberale Modell die primäre Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals verschoben hat

Explosion der Profit- und Vermögenseinkommen

Der gleiche Trend läßt sich natürlich auch durch Beschreibung der Kehrseite darstellen, nämlich anhand der Entwicklung jener Einkommen, die eben nicht auf Arbeit – zumindest nicht auf *eigener* Arbeit des Einkommensbeziehers - beruhen. Zu diesen Einkommen gehören Zinsen, Dividenden, Mieten sowie die entnommenen Gewinne der Personengesellschaften und die faktischen Gewinnbestandteile des Einkommens selbständiger Unternehmer. Die Summe dieser Einkommen wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unter der Rubrik „Unternehmens- und Vermögensentgelt“ (früher: „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“) erfaßt.

Statistisch gibt es bei der Ermittlung der Höhe dieses Einkommens aus anderer Leute Arbeit allerdings mehrere Schwierigkeiten: Erstens wird beispielsweise als Selbständigeneinkommen statistisch nur verbucht, was steuerlich veranlagt wird. Das Steuerrecht der meisten Länder aber bietet umfassende Schlupflöcher gerade für selbständige Spitzenverdiener, durch die – zumindest zum Teil – nicht nur die Steuerlast, sondern auch das erfaßte Einkommen nach unten manipuliert wird. Diese Manipulation läßt sich kaum rückgängig machen. Zum zweiten unterscheidet die Statistik beim Selbständigeneinkommen nicht zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen. Dieses Problem ist aber relativ leicht lösbar, indem nach dem gleichen Verfahren, mit dem auch die Lohnquote bereinigt wurde, das gesamte Selbständigeneinkommen um die Summe von Durchschnittslohn und Zahl der Selbständigen reduziert wird. Was dann übrig bleibt, kann guten Gewissens als Profiteinkommen verbucht werden. Die dritte Schwierigkeit besteht darin, daß die statistische Kategorie Vermögenseinkommen bereits eine saldierte Größe ist: die unter dieser Rubrik ausgewiesene Zahl entspricht keineswegs der Summe der Zinsen, Dividenden und sonstigen Bezüge, die von den Vermögensbesitzer-Haushalten innerhalb eines Jahres eingenommen werden. Die tatsächliche Summe wird vielmehr vermindert um die von den Haushalten (überwiegend: *anderen* Haushalten) gezahlten Zinsen auf Hypotheken, Dispo- und Konsumentenkredite. Das statistisch ausgewiesene Vermögenseinkommen muß daher nicht notwendig steigen, wenn die Dividenden besonders üppig fließen; es kann sogar sinken, sofern gleichzeitig die von den weniger verdienenden Haushalten aufgehäuften Schulden und somit auch deren Zinszahlungen wachsen. Letzteres war in den neunziger Jahren vor allem in den USA und Großbritannien, aber auch in Deutschland der Fall, so daß die Vermögenseinkommen durch die saldierten Werte erheblich bescheidener ausgewiesen werden als sie in Wahrheit waren. Diese Verzerrung wurde in der Bundesrepublik noch verstärkt durch den Übergang zum Europäischen Rechnungssystem (ESA 95) Ende der neunziger Jahre. Seitdem werden nämlich – anders als in der alten deutschen VGR - Personenunternehmen zum Haushaltssektor hinzugezählt; folgerichtig gehen nunmehr auch die Zinszahlungen auf deren Unternehmenskredite als negative Größe in die Saldierung ein. Die Differenz zwischen saldierten und unsaldierten Vermögenseinkommen lag in der Bundesrepublik des Jahres 2001 immerhin bei 100,2 Milliarden Euro.

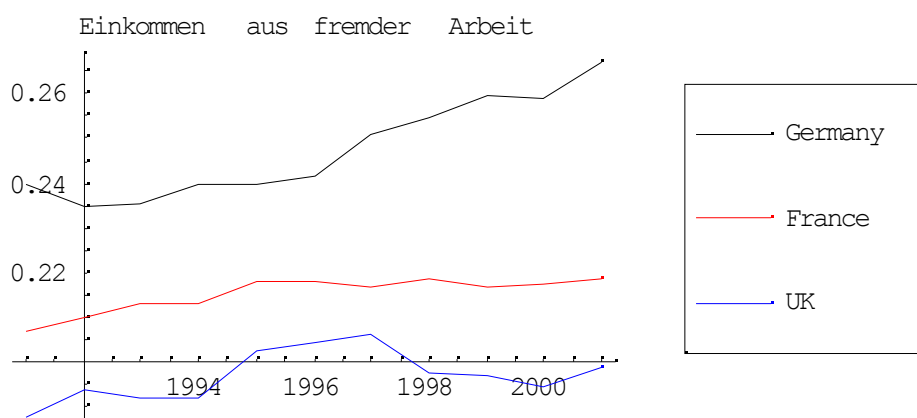
Um den vollständigen Betrag jenes Einkommens zu ermitteln, das auf der Aneignung fremder Arbeit beruht, muß das unsaldierte Vermögenseinkommen mit dem Gewinnbestandteil des Selbständigeneinkommens addiert werden. Da für andere Länder die unsaldierten Werte schwer verfügbar sind, sei nachfolgend der Anteil dieses Einkommens am Bruttoinlandsprodukts am Beispiel der Bundesrepublik der 90er Jahre illustriert:



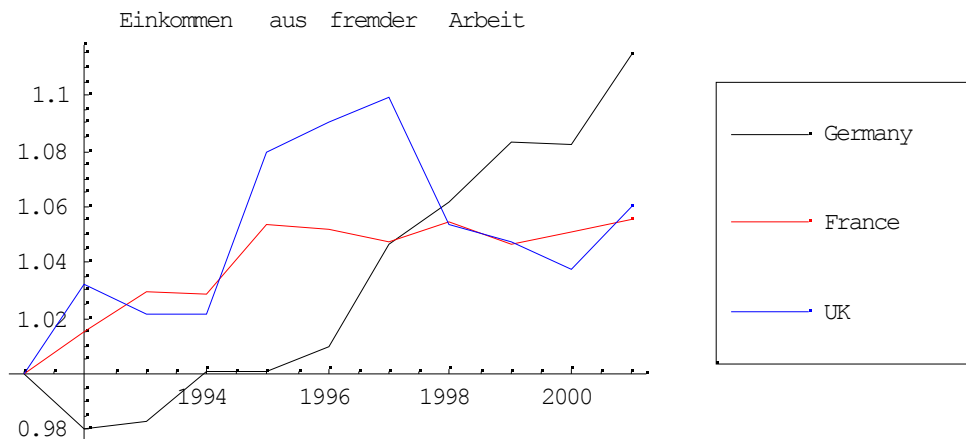
Quelle: WSI-Mittelungen 11/2002, AMECO-Database

Dieser Anteil ist also von 28 Prozent 1992 auf über 31,5 Prozent 2001 nach oben geschossen. Diesen 3,5 Prozentpunkten Zuwachs entsprechen 2001 mehr als 72 Milliarden Euro, die die Bezieher von Profit- und Vermögenseinkommen allein in dem einen Jahrzehnt seit Anschluß der DDR zu ihren Gunsten umverteilen konnten.

Es spricht viel dafür, daß ein ähnlicher Trend auch in den anderen europäischen Ländern nachgewiesen werden könnte. Stellen wir beispielsweise den BIP-Anteil jenes Einkommens, das in der europäischen Statistik als „non-labour income“ ausgewiesen wird und das saldierter Vermögenseinkommen sowie das gesamte Selbständigeneinkommen enthält, für Frankreich und Italien im Vergleich zur Entwicklung desselben unsaldierten und unbereinigten „non-labour-income“ der Bundesrepublik dar, ergibt sich folgendes Bild:



Wir sehen also überall einen steigenden Trend, wobei die bundesdeutschen Vermögensbesitzer nicht allein auf dem höchsten Level beginnen, sondern ihre Bezüge auch relativ am meisten steigern können. Letzteres wird noch deutlicher, wenn wir Entwicklung dieses Einkommens relativ zum Ausgangslevel 1990 betrachten:



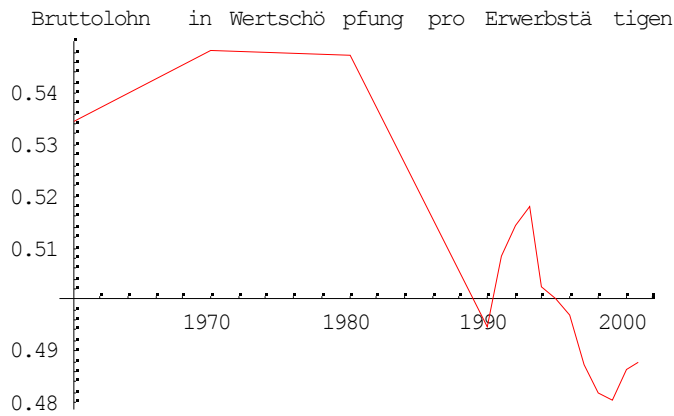
Source: AMECO-Database

Vor allem seit 1998 also hat der bundesdeutsche Kapital- und Geldadel den „Reformrückstand“ in der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten seiner Taschen endgültig überwunden und relativ am meisten profitiert. (Daß diese saldierten und unbereinigten Werte die wirkliche Entwicklung zwar noch beschönigen, den realen Trend jedoch durchaus näherungsweise abbilden, zeigt der Vergleich der hier gezeichneten bundesdeutschen „non-labour-income“- Kurve mit der korrekt berechneten unsaldierten und bereinigten oben.)

Die Umverteilungsaktivität des Staates

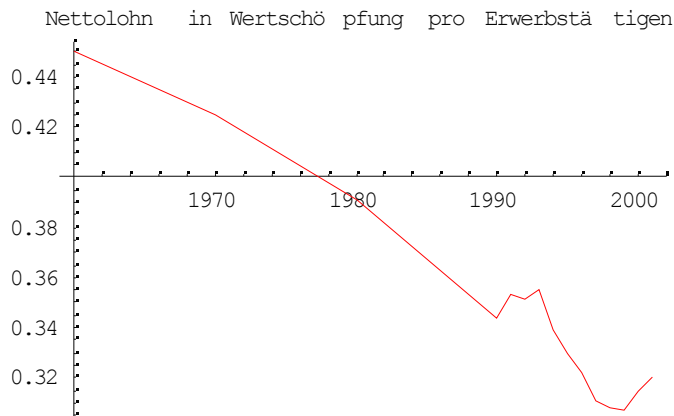
Alle Entwicklungen, die wir bisher betrachtet haben, betreffen die primäre Einkommensverteilung zwischen Kapital- und Arbeit ohne Berücksichtigung der Aktivität des Staates. Deshalb sind auch die bereinigten Lohnquoten in ihrer absoluten Höhe international nur bedingt vergleichbar. Weil etwa in das Arbeitnehmerentgelt definitionsgemäß auch die Sozialbeiträge der Beschäftigten wie der Arbeitgeber eingehen, wird ein Land, in dem die Sozialsysteme überwiegend nicht über Beiträge, sondern über Steuern finanziert werden, ceteris paribus eine niedrigere Lohnquote ausweisen. Zweitens werden die Lohnsteuern im Zähler mitgerechnet; ein Land mit besonders hohen Lohn- und niedrigen Gewinn- und Vermögenssteuern simuliert daher eine höhere Lohnquote, obwohl den Lohnabhängigen das weggesteuerte Einkommen gar nicht zur Verfügung steht.

Die Veränderungen in der primären Einkommensverteilung, die die bereinigte Lohnquote mißt, werden also durch die Aktivität des Staates wiederum verändert. Sie können abgeschwächt oder verstärkt werden. Tatsächlich wurde die Verschlechterung der Einkommensposition der Beschäftigten im Rahmen des neoliberalen Modells in nahezu allen europäischen Ländern durch die staatliche Steuer- und Sozialgesetzgebung zusätzlich verstärkt. Um die Dimension dieser ergänzenden staatlichen Umverteilung nach oben zu illustrieren, berechnen wir zunächst die bereinigte Lohnquote auf Basis lediglich der Bruttolöhne und Gehälter (inklusive Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, aber ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Wie wir in folgender Graphik für die bundesdeutsche Entwicklung sehen, fällt der Anstieg in den Nachkriegsjahrzehnten jetzt noch erheblich geringer aus als bei Einbeziehung der Arbeitgeberbeiträge, während Abstieg nach 1982 steiler wird:



Quelle: AMECO-Database, WSI Mitteilungen 11/2000 (1960-1990 Zehnjahreszeitreihe, ab 1990 jährlich)

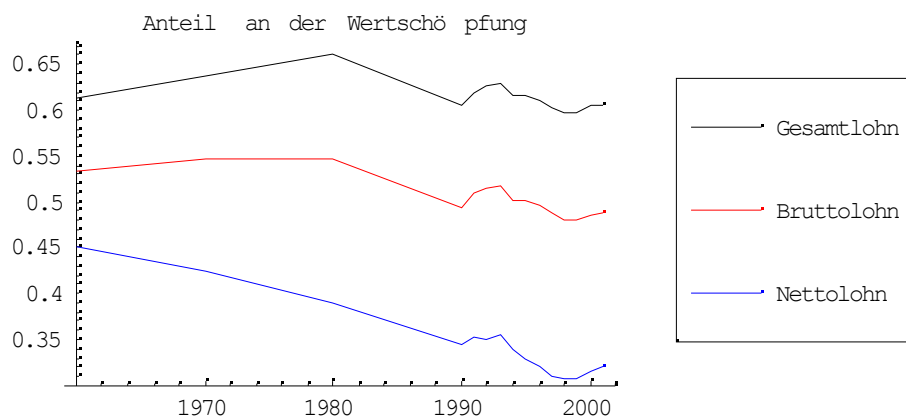
Noch extremer wird der Unterschied, wenn man die bereinigte Lohnquote auf Grundlage der Nettolöhne und Gehälter – d.h. auf Basis dessen, was der einzelne Beschäftigte real am Monatsende nach Hause trägt – ermittelt. Dann kennt die Kurve seit 1960 überhaupt nur noch eine Richtung: bergab. Wobei sich der Absturz seit 1993 nochmals beschleunigt hat:



Source: AMECO-Database, WSI Mitteilungen 11/2000

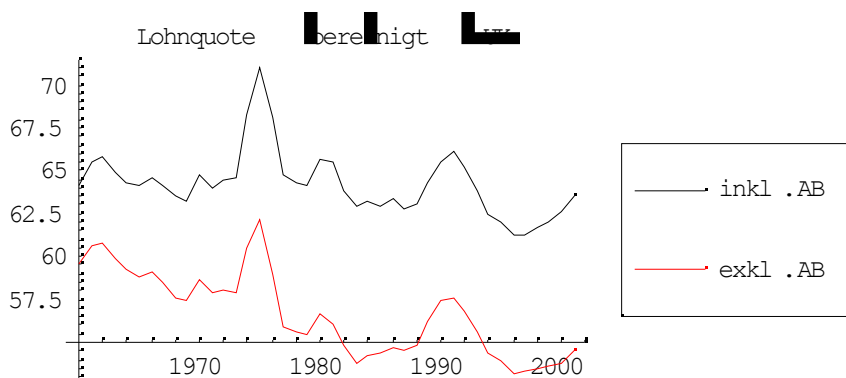
Während ein abhängig Beschäftigter 1960 immerhin noch über knapp die Hälfte des von ihm geschaffenen Reichtums tatsächlich verfügen konnte, war dieser Anteil Ende der neunziger Jahre auf weniger als ein Drittel geschrumpft.

Alle Kurven, gezeichnet in einer Graphik, ergeben folgendes Bild:



Hätte die Nettolohnquote 2001 wenigstens noch auf dem Level von 1990 gelegen, hätten die Erwerbstätigen zusammen über etwa 70 Milliarden Euro mehr an Einkommen verfügt. Und dieser Lohnbestandteil wurde keineswegs in erster Linie durch steigende Sozialbeiträge aufgeessen. Das wird klar, wenn wir eine „Soziallohnquote“ berechnen, die die gesamten vom Arbeitnehmer zu zahlenden Sozialbeiträge im Zähler enthält, nicht jedoch Lohnsteuern und Arbeitgeberbeiträge. Der Verlauf einer solchen Soziallohnquote ist dem der Nettolohnquote außerordentlich ähnlich; auch sie sinkt kontinuierlich. Während die Beschäftigten 1960 immerhin noch über einen „Soziallohn“ in Höhe von etwa 50 Prozent der Wertschöpfung verfügten, um ihren Lebensunterhalt, ihre Gesundheitsausgaben, ihre Renten und ihre Absicherung für den Fall von Arbeitslosigkeit zu finanzieren, schrumpfte dieser Anteil bis 2001 auf ein Niveau von nur noch 39 Prozent. Wäre der Anteil auf dem Level von 1960 verblieben, würden die Arbeitenden 2001 über einen „Soziallohn“ von 26 652 Euro pro Kopf verfügen, über 5 500 Euro mehr als sie tatsächlich hatten.

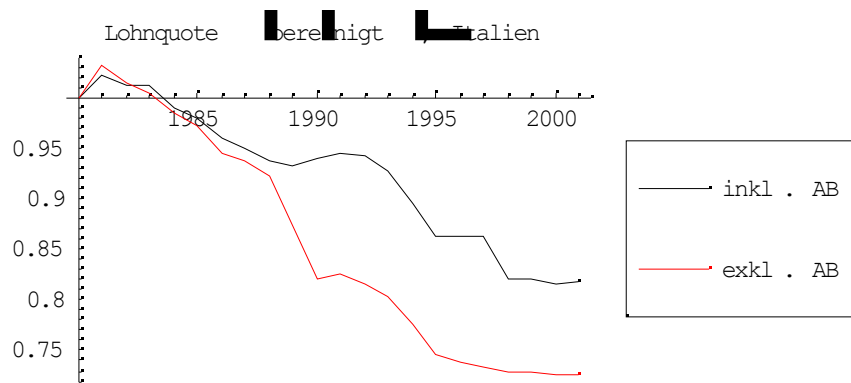
Zeitreihen zur Nettolohn- und -gehaltssumme sind für andere europäische Länder nicht ohne weiteres verfügbar. Wir verfügen allerdings über Daten zur Entwicklung der Bruttolöhne und -Gehälter, also des Arbeitsentgelds abzüglich der Abgaben der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. Vergleichen wir die Entwicklung der auf Basis dieser Bruttolöhne berechneten bereinigten Lohnquote mit der oben ermittelten, die die Arbeitgeberbeiträge einbezieht, erhalten wir für Großbritannien folgendes Bild:



Source: AMECO-Database

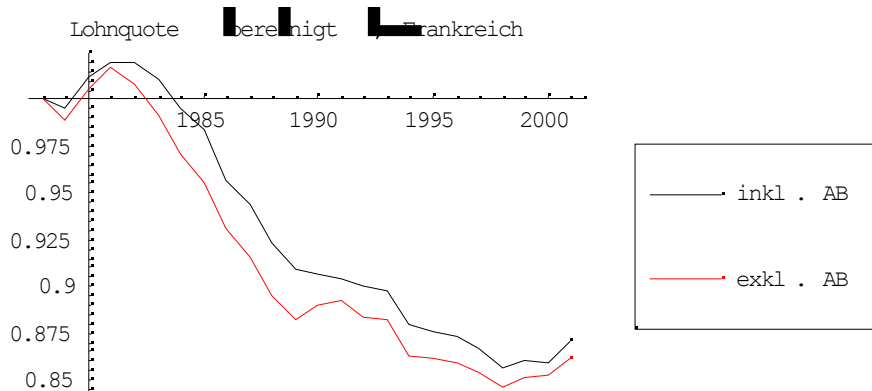
Der Fall der bereinigten Bruttolohnquote ist also bei Berechnung auf Grundlage der Bruttolöhne auch in Großbritannien noch stärker als der der bereinigten Lohnquote unter Einbeziehung der Arbeitgeberbeiträge (AB). (Wobei die absolute Differenz zwischen beiden Quoten in Großbritannien geringer ist als etwa in der Bundesrepublik, da ein Teil des Sozialsystems über Steuern finanziert wird und überdies viele Leistungen viel früher gekürzt und privatisiert wurden.)

Für Italien und Frankreich liegen Daten seit Beginn der achtziger Jahre vor. Zeichnen wir auch hier beide Lohnquoten (allerdings, um den Verlauf besser deutlich zu machen, relativ zum Ausgangswert), erhalten wir für Italien ebenfalls einen noch steileren Fall der bereinigten Bruttolohnquote:



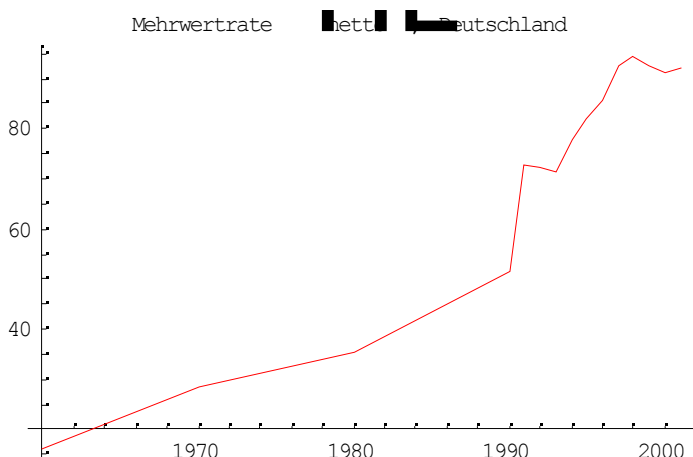
Source: AMECO-Database

In Frankreich dagegen ist die Bruttolohnquote nur geringfügig stärker gefallen als die unter Einschluß der Arbeitsgeberbeiträge berechnete:

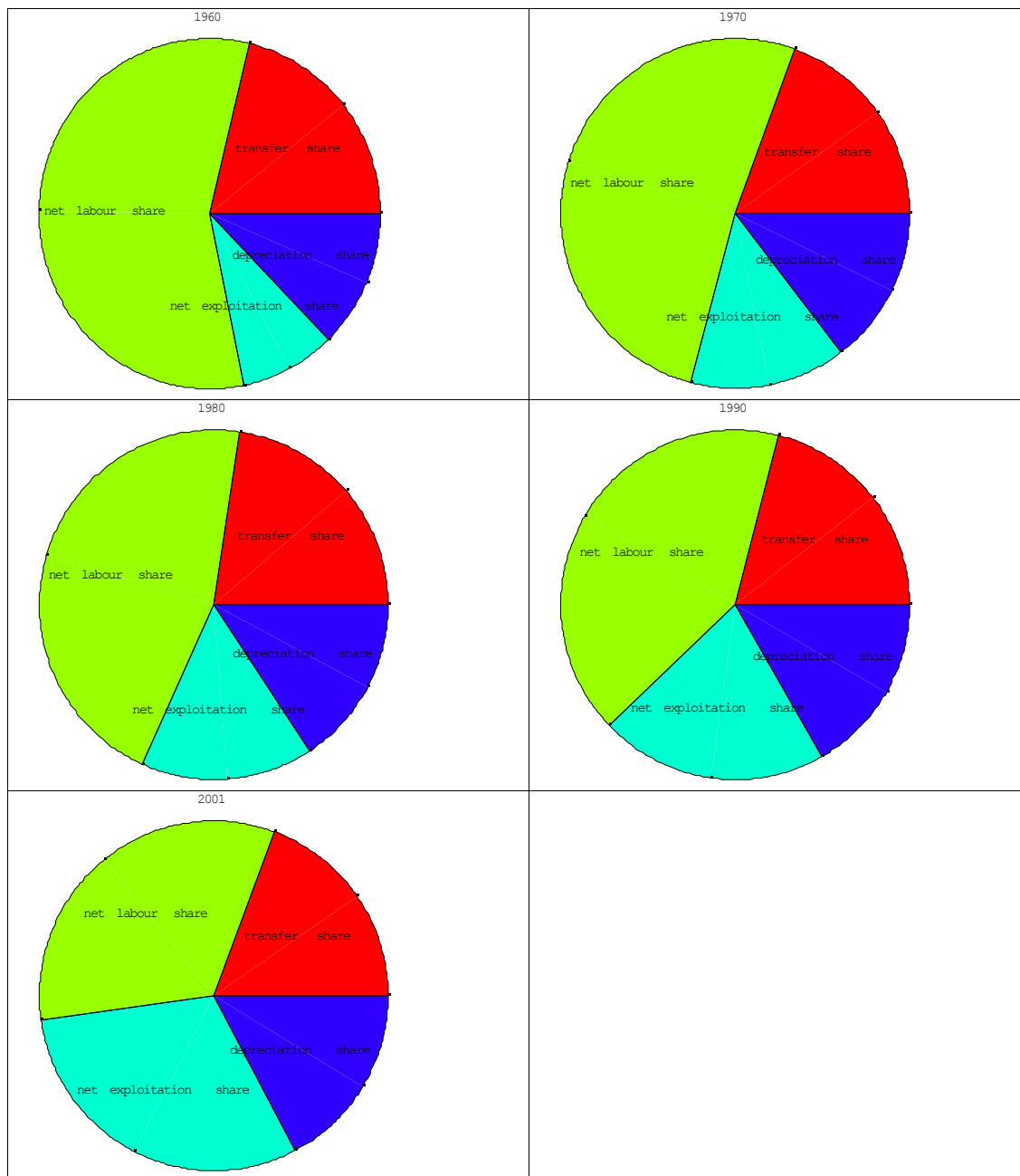


Source: AMECO-Database

Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Nettolohnquoten in all diesen Ländern im Zeitverlauf noch deutlicher nach unten zeigen würden. Kehren wir zu den bundesdeutschen Verhältnissen zurück und berechnen die Mehrwertrate im Marxschen Sinn ausgehend von den Nettowerten der Einkommensverteilung, d.h. indem wir das Nettoeinkommen aus Gewinn- und Vermögen durch die Nettolohnsumme dividieren. Wir erhalten dann folgenden Kurvenverlauf, der die Verschlechterung der primären Einkommensposition der abhängig Beschäftigten und die Auswirkungen der Umverteilungstätigkeit des Staates zusammenfaßt:



Diese Kurve zeigt, daß die Einkommensposition der Beschäftigten in der Bundesrepublik in Nettowerten sich relativ zur Einkommensposition der Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen stetig verschlechtert hat, wobei das Tempo der Umverteilung seit Anschluß der DDR immens beschleunigt wurde. In der Konsequenz arbeiten diejenigen, die noch Arbeit haben, einen immer geringeren Teil der Zeit tatsächlich für sich selbst. Mehr als die Hälfte ihres Arbeitstages arbeiten sie für andere, in erster Linie allerdings nicht für „den Staat“, wie ein gängiges Vorurteil lautet, sondern für diejenigen, die über Betriebsvermögen, Aktienpakete und Gelddepots verfügen und ihre Bezüge über die Jahre beharrlich ausbauen konnten. Diese Verschiebung in den Verteilungsrelationen wird noch deutlicher, wenn wir das Verhältnis folgender vier Größen für unterschiedliche Jahre darstellen: 1. das Nettoeinkommen aus Gewinn- und Vermögen (net exploitation share) und 2. den Wert der jährlichen Abschreibung (depreciation share), als den beiden Teilen des Bruttoinlandsprodukts, die sich in der Verfügung der Kapitaleigner – im weitesten Sinn – befinden. 3. Die Summe von Nettolöhnen und Gehältern zuzüglich eines kalkulatorischen Selbständigeneinkommens in Höhe des Durchschnittsnettolohns, als Ausweis des Anteils der Arbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Reichtum (net labour share). Und 4. die sozialen Transferleistungen (social share), von denen, wenngleich in unterschiedlichem Grade, nahezu alle Schichten der Bevölkerung profitieren: abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, Kranke, aber auch Selbständige, sofern sie z.B. Kindergeld beziehen oder freiwillig gesetzlich krankenversichert sind. Die Relation zwischen diesen vier Arten von Bezügen hat sich in den zurückliegenden 40 Jahren in der Bundesrepublik folgendermaßen verändert:



Source: AMECO-Database, WSI Mitteilungen 11/2000

Man sieht eindeutig, daß die sozialen Transferleistungen, in die die Ausgaben für Gesundheit und Rente ebenso eingehen wie Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, ihr anteiliges Gewicht über 40 Jahre hinweg kaum verändert haben - trotz lautdebattierter Veränderungen in der demographischen Alterspyramide und der Vervielfachung der Zahl der Arbeitslosen. Die ausschlaggebende Verschiebung, die wir sehen, ist die zwischen dem Nettoarbeitseinkommen, das grün eingezeichnet ist, auf der einen Seite und dem blau und türkis gezeichneten Einkommensanteil der Kapitaleigner.

Schröders gegenwärtige Politik tut alles dafür, daß diese Verschiebung in der Verteilung des Einkommens beschleunigt fortgesetzt wird. Beendet werden kann dies wohl nur, wenn die Betroffenen und ihre Interessenorganisationen diesen hemmungslosen Angriff auf ihren Lebensstandard endlich mit massiver Gegenwehr quittieren.